

**Information für Kunden
von finanzen.net zero**

Stand: 22. Mai 2021

Hinweise zum Handel mit Optionsscheinen und Hebelzertifikaten

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

um über uns Optionsscheine und Hebelzertifikate handeln zu können, benötigen die Baader Bank AG und wir einen Nachweis, dass Sie sich der Risiken dieser Produkte bewusst sind und die entsprechenden Kenntnisse und Erfahrungen besitzen.

Die Baader Bank unterscheidet dabei in den Formularen nicht zwischen Optionsscheinen und Hebelzertifikaten einerseits und Optionen und Futures andererseits. Über Ihr finanzen.net zero Depot und Konto sind nach wie vor keine Geschäfte an der Eurex oder an ausländischen Terminbörsen in Futures und Optionen möglich und es wird auch kein Marginkonto eröffnet.

**Bitte füllen Sie das anhängende Dokument vollständig aus und
senden Sie das unterschriebene Original per Brief an folgende Adresse:**

Baader Bank AG

Kundenservice
Weihenstephaner Straße 4
85716 Unterschleißheim
Deutschland

Mit Ihrer Unterschrift bestätigen Sie auch die Kenntnisnahme der Risikoaufklärung für den Handel von Optionsscheinen und Hebelzertifikaten, die wir Ihnen im Rahmen der Depoteröffnung übermittelt haben. Sollten Sie die Informationen nachlesen wollen, finden Sie diese ebenfalls im [Formularcenter](#).

Bei Fragen stehen wir gerne für Sie zur Verfügung. Bitte nutzen Sie dazu bevorzugt das Ticketsystem im Loginbereich, da diese Kommunikation in einem geschützten Raum stattfindet und daher auch geeignet ist, persönliche Daten auszutauschen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr finanzen.net zero Serviceteam

Konto-/Depotnr.: _____

BAADER

Baader Bank Aktiengesellschaft
Weihenstephaner Straße 4
85716 Unterschleißheim
Deutschland
T 00800 00 222 337*
F +4989 5150 2442
service@baaderbank.de
https://www.baaderbank.de

Bitte unterschrieben zurücksenden an:

Baader Bank Aktiengesellschaft
Kundenservice
Weihenstephaner Straße 4
85716 Unterschleißheim
Deutschland

* Kostenlose Telefonnummer aus dem (inter-)nationalen Festnetz. Für Anrufe aus anderen Netzen können Gebühren anfallen.

Erweiterung des Antrags „Eröffnung eines Kontos/Depots (Einzel- oder Gemeinschaftsdepot) mit Verrechnungskonto“

für Kunden mit Finanzdienstleister (inkl. Handel in Termingeschäften)

Ich möchte zukünftig den Handel in Termingeschäften betreiben.

Name des Kunden: _____

Kundenstamnummer: _____

Ausschluss der Anlageberatung

Termingeschäfte: Hinsichtlich Termingeschäften führt die Bank im Rahmendieser Depot-/Kontoverbindung grundsätzlich Aufträge lediglich (so genannte Execution-only-Dienstleistung) und erbringt keine Beratung bei der Anlage, führt jedoch einen sog. Angemessenheitstest anhand Ihrer Angaben zu Kenntnissen und Erfahrung mit Termingeschäften im Sinne von § 63 Abs. 10 WpHG und der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565 durch.

Gesetzliche Aufklärungspflichten der Bank bleiben unberührt. Sofern die Bank dem Kunden über die Aufklärungspflichten des Wertpapierhandelsgesetzes hinausreichende Informationen (z. B. Marktkommentare, Analysen etc.) zur Verfügung stellt, ist dies keine Anlageberatung. Soweit die Bank Aufträge zur Durchführung von Geschäften in Wertpapieren vom Kunden oder von dessen Finanzdienstleister im Rahmen einer Finanzdienstleistervollmacht erhält, ist dies auch keine Anlageberatung, und der Finanzdienstleister wird in diesem Fall als Erklärungsbote für den Kunden oder Vertreter tätig.

Bisheriges Anlageverhalten

Bei der Durchführung von Wertpapierdienstleistungen haben die Kreditinstitute von ihren Kunden Angaben über das bisherige Anlageverhalten zu verlangen, soweit dies zur Wahrung der Kundeninteressen und im Hinblick auf Art und Umfang der beabsichtigten Geschäfte erforderlich ist. Die Erteilung der Angaben liegt im eigenen Interesse des Kunden. Treffen die Angaben nicht mehr zu, sollte ein Hinweis an die Bank erfolgen, damit sie berichtigt werden können:

Anlageform	Durchschnittlicher Umfang pro Transaktion in TEUR		Häufigkeit (Anzahl Geschäfte p. a.)		Seit wie vielen Jahren haben Sie diese Erfahrung?	
	Erster Depot-/Kontoinhaber	Zweiter Depot-/Kontoinhaber	Erster Depot-/Kontoinhaber	Zweiter Depot-/Kontoinhaber	Erster Depot-/Kontoinhaber	Zweiter Depot-/Kontoinhaber
Optionsscheine						
Optionen						
Futures						
Zertifikate und strukturierte Anlagen						
Sonstiges:						

Ausbildung: _____

Berufliche Tätigkeit (gegenwärtig und frühere): _____

Wir weisen Sie darauf hin, dass der Bank, falls Sie sich weigern, Angaben zu Ihrem bisherigen Anlageverhalten zu machen, eine Beurteilung der Angemessenheit Ihrer Geschäfte nicht möglich ist.

Wurden bisher Geschäfte in Finanzinstrumenten auf Kreditbasis getätigt?

Erster Depot-/Kontoinhaber: Ja Nein Falls ja, Kreditrahmen: EUR

Zweiter Depot-/Kontoinhaber: Ja Nein Falls ja, Kreditrahmen: EUR

Aufklärung zu taggleichen Geschäften in demselben Finanzinstrument („Day-Trading“)

Beabsichtigt/Beabsichtigen der/die Depot-/Kontoinhaber taggleiches Geschäft in demselben Finanzinstrument, z.B. Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Finanzinstrumente oder Termingeschäfte vorzunehmen, sind die besonderen Risiken des „Day-Tradings“ zu berücksichtigen. Der/Die Depot-/Kontoinhaber muss/müssen sich im Klaren darüber sein, dass

- „Day-Trading“ zu sofortigen Verlusten führen kann;
- unter Umständen sein/ihr gesamtes Kapital verloren gehen kann;
- es zu einer Nachschusspflicht kommen kann und weiteres Kapital beschafft werden muss, falls Geschäfte betrieben werden, die Verluste bewirken, die über seine/ihre Kontokapitalisierung hinausgehen;
- im Falle von kreditfinanzierten „Day-Trading“-Geschäften der Kredit unabhängig vom Erfolg der Transaktionen zurückgezahlt werden muss;
- er/sie beim Versuch, durch „Day-Trading“ Gewinne zu erzielen, mit professionellen und finanzstarken Marktteilnehmern konkurriert;
- „Day-Trading“ vertiefte Kenntnisse des/der Depot-/Kontoinhaber(s) insbesondere in Bezug auf Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken, Wertpapierhandelsstrategien und derivative Finanzinstrumente voraussetzt.

0.1 Risikohinweise zu Kreditgeschäften

Der/Die Depot-/Kontoinhaber wird/werden hiermit darauf hingewiesen, dass

- er/sie erst in die Gewinnzone kommt/en, wenn die Rendite der kreditfinanzierten Anlagegeschäfte die Kosten des Kredits und die Kosten der Anlagegeschäfte (Provisionen, Auslagen) übersteigt,
- der Kredit unabhängig vom Erfolg der Transaktionen zurückgezahlt werden muss.

Risikohinweise und Erklärungen zu Termingeschäften

Bei Termingeschäften stehen den Gewinnchancen beträchtliche Verlustrisiken gegenüber. Bitte bestätigen Sie die Kenntnisnahme der folgenden Informationen durch Ihre unten stehenden Unterschrift(en). Die für Ihre Depots bevollmächtigten Personen erhalten automatisch auch die Freigabe für die sogenannten „Termingeschäfte“.

Erklärung zu Risiken bei Termingeschäften:

Ich/Wir erkläre(n) ausdrücklich, dass ich/wir die „Basisinformationen über Termingeschäfte“ (insbesondere die Kapitel zu Financial Futures D 1, Optionen D 3 und Margin Zahlungen C 3) erhalten, gelesen und verstanden habe(n) und mir/uns die Funktionsweise und Problematik von Termingeschäften klar geworden ist. Insbesondere bin ich mir/sind wir uns auch im Klaren über die bei Termingeschäften bestehenden besonderen Verlustrisiken, die in den vorgenannten Informationen erläutert sind.

Mir/Uns ist bewusst, dass beim Handel in Termingeschäften

- die Gefahr des Totalverlustes des eingesetzten Kapitals zzgl. Spe-

sen besteht, die aufgrund der hohen Hebelwirkung und aufgrund des gegen null gehenden Zeitwertes gegeben ist;

- es zu einer Nachschusspflicht kommen kann und weiteres Kapital beschafft werden muss, falls Geschäfte betrieben werden, die Verluste bewirken, die über seine/ihre Kontokapitalisierung hinausgehen;
- ich/wir nur solches Kapital für Spekulationen einsetzen sollte(n), dessen Verlust meine/unsere Existenz nicht gefährdet;
- spekulative Käufe nicht kreditfinanziert werden sollten.

Im Übrigen gelten die „Sonderbedingungen für Termingeschäfte“.

Insolvenzrisiko des Clearing-Mitglieds

Bitte beachten Sie, dass die Bank zur Ausführung von Termingeschäften ein Clearing-Mitglied bedienen wird. Ein Clearing-Mitglied ist ein Institut, das aufgrund einer Clearing-Lizenz am Clearingangebot einer zentralen Gegenpartei für die an den entsprechenden Märkten abgeschlossenen Wertpapier- und Termingeschäfte oder Geschäfte mit Bezug auf Emissionsrechte teilnimmt. Die Sicherheiten, welche die Bank in Bezug auf die in Bezug auf Sie abgeschlossenen Termingeschäfte bei dem jeweiligen Clearing-Mitglied zu hinterlegen hat, entsprechen dabei mindestens dem Wert der Sicherheiten, die Sie der Bank stellen. Die Bank ist dabei berechtigt, die von Ihnen erhaltenen Sicherheiten zu verwenden, um die Sicherheitenanforderungen des Clearing-Mitglieds zu erfüllen.

Im Falle der Insolvenz des Clearing-Mitglieds, besteht das Risiko, dass dem Clearing-Mitglied geleistete Sicherheiten keinem Insolvenzschutz unterliegen und daher nicht zurückgegeben werden. In diesem Fall tragen Sie gegenüber der Bank das Risiko des Ausfalls des Clearing-Mitglieds. Die Bank ist daher nur verpflichtet, Sicherheiten an Sie zurückzugeben, welche die Bank auch vom Clearing-Mitglied oder der zentralen Gegenpartei erhalten hat.

Eine Liste der aktuellen Clearing-Mitglieder, welche die Bank beauftragt, ist im geschlossenen Kundenbereich auf der Internetseite der Bank unter www.baaderbank.de abrufbar. Bitte beachten Sie, dass Sie keinen Anspruch auf einen Abschluss solcher Geschäfte über ein bestimmtes Clearing-Mitglied haben und dass die Bank jederzeit das Recht hat, die Zusammenarbeit mit einem Clearing-Mitglied zu beenden oder zusätzlich solche Geschäfte mit neuen Clearing-Mitgliedern abschließen kann.

Einstufung als Privatkunden

Die Bank stuft natürliche Personen generell als Privatkunden im Sinne des § 67 Abs. 3 WpHG ein. Sofern eine abweichende Einstufung gewünscht ist, ist das Formular „Einverständniserklärung von Professionellen Kunden“ beizulegen, das unter <https://www.baaderbank.de/Kundenservice/Rechtliche-Dokumente-Baader-Bank-250> zu finden ist.

Bisherige Vereinbarungen

Alle bisherigen Vereinbarungen bleiben durch diesen Erweiterungsantrag unberührt.

Unterschrift

Mit meiner/unsere(r) Unterschrift beantrage/n ich/wir hiermit die Erweiterung des Konto-/Depotvertrages um den Handel in Termingeschäften.

Ort, Datum _____

x _____

Unterschrift erster Depot-/Kontoinhaber

Ort, Datum _____

x _____

Ggfs. Unterschrift zweiter Depot-/Kontoinhaber

Empfangsbekennnis

Der/Die Depot-/Kontoinhaber bestätigt/bestätigen mit der Unterschrift unter diesem Kontoeröffnungsantrag, folgende Unterlagen auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. als PDF-Anhang per E-Mail oder in Form einer CD-ROM) für seine Unterlagen erhalten zu haben:

1. Sonderbedingungen für Termingeschäfte;
2. Bedingungen zur Ausführung von Aufträgen;
3. Vorvertragliche Informationen bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen einschließlich der Widerrufsbelehrung;
4. Basisinformationen über Termingeschäfte;
5. Informationsbogen zum Einlagensicherungsschutz (dieses Formular werde ich/werden wir unterschrieben an die auf dem Formular angegebene Adresse der Bank zurücksenden);
6. Clearing-Rahmenvereinbarung (dieses Formular werde ich unterschrieben an die auf dem Formular angegebene Adresse der Bank zurücksenden) sowie
7. Zweitschrift dieses Formulars „Erweiterung des Antrags „Eröffnung eines Kontos/Depots (Einzel- oder Gemeinschaftsdepot) mit Verrechnungskonto“

Die Geschäftsbedingungen und Geschäftsgrundsätze der Bank (mit Ausnahme der „Basisinformationen über Termingeschäfte“) sind zudem im Internet unter <https://www.baaderbank.de/Service/Formularcenter-370> abrufbar und werden auf Verlangen des Kunden auch nachträglich per E-Mail übersendet.

Ich/Wir habe(n) den Abschnitt „Aufklärung zu taggleichen Geschäften in demselben Finanzinstrument („Day-Trading“)" zur Kenntnis genommen.

Ich/Wir habe(n) den Abschnitt „Risikohinweise zu Kreditgeschäften“ zur Kenntnis genommen.

Ich/Wir habe(n) den Abschnitt „Risikohinweise und Erklärungen zu Termingeschäften“ zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum _____

Ort, Datum _____

x

x

Unterschrift erster Depot-/Kontoinhaber

Ggfs. Unterschrift zweiter Depot-/Kontoinhaber

<p>Bearbeitungsvermerk der Bank</p> <p>Legitimation des/der Depot-/Kontoinhaber(s) geprüft und erfasst.</p> <p>Bearbeitungshinweis _____</p> <p>Verwaltermodell _____</p>	<p>PEP Status Depot-/Kontoinhaber(in) 1 <input type="checkbox"/> geprüft <input type="checkbox"/> nicht geprüft</p> <p>PEP Status Depot-/Kontoinhaber(in) 2 <input type="checkbox"/> geprüft <input type="checkbox"/> nicht geprüft</p> <p>Datum _____</p> <p>Unterschrift Sachbearbeiter _____</p>
--	---

Konto-/Depotnr.: _____

BAADER

Baader Bank Aktiengesellschaft
Weihenstephaner Straße 4
85716 Unterschleißheim
Deutschland
T 00800 00 222 337*
F +4989 5150 2442
service@baaderbank.de
https://www.baaderbank.de

Bitte unterschrieben zurücksenden an:

Baader Bank Aktiengesellschaft
Kundenservice
Weihenstephaner Straße 4
85716 Unterschleißheim
Deutschland

* Kostenlose Telefonnummer aus dem (inter-) nationalen Festnetz. Für Anrufe aus anderen Netzen können Gebühren anfallen.

Clearing-Rahmenvereinbarung Privatkunden

zwischen

Frau Herr Titel: _____

Vorname: _____

Name: _____

Straße/Nr.: _____

Adresszusatz: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Land: _____

- nachfolgend „**Vertragspartner**“ genannt –
und

Baader Bank Aktiengesellschaft
Weihenstephaner Straße 4
85716 Unterschleißheim
Deutschland

- nachfolgend „**Bank**“ genannt –
wird folgendes vereinbart:

1. Zweck und Gegenstand der Rahmenvereinbarung

- 1.1 Diese Rahmenvereinbarung gilt für folgende der Bank erteilte Aufträge und zwischen der Bank und dem Vertragspartner abgeschlossene Geschäfte (letztere nachfolgend „**Geschäfte**“ genannt):
 - 1.1.1 Soweit die Bank Aufträge (i) zum Abschluss von Spot-, Futures- und Optionsgeschäften (nachfolgend „**F&O-Kontrakte**“ genannt) an organisierten Märkten, multilateralen Handelssystemen oder organisierten Handelssystemen (nachfolgend „**Ausführungsplätze**“ genannt) oder (ii) zur Abwicklung von an Ausführungsplätzen abgeschlossenen F&O-Kontrakten über zentrale Gegenparteien, insbesondere nach deren Übertragung mittels Give-up-Vereinbarung, ausführt, die hierdurch nach Ziff. 1.2 zustande gekommenen Geschäfte.
 - 1.1.2 Die unter Zugrundelegung eines Rahmenvertrages für Finanztermingeschäfte, eines ISDA Master Agreements oder eines vergleichbaren Rahmenvertrages (nachfolgend „**Rahmenvertrag**“ genannt) abgeschlossenen Geschäfte, die über zentrale Gegenparteien abgewickelt werden sollen; und zwar ab dem Zeitpunkt, ab dem das Geschäft gem. Ziff. 1.3 in das Abwicklungssystem einer zentralen Gegenpartei aufgenommen wird. Dies gilt auch für Geschäfte, die mit einem Dritten abgeschlossen und auf die Bank übertragen wurden.
 - 1.1.3 Nicht von Ziff. 1.1.1 und 1.1.2 erfasste Termingeschäfte in Devisen und Edelmetallen, soweit die Parteien keinen Rahmenvertrag abgeschlossen haben, und zwar unabhängig von einer Bezugnahme auf diese Rahmenvereinbarung und davon, ob sie über zentrale Gegenparteien abgewickelt werden sollen.
- 1.2 Die Bank wird Aufträge, die sich auf die in Ziff. 1.1.1 Buchstabe (i) genannten F&O-Kontrakte beziehen, als Kommissionärin im eigenen Namen und für Rechnung des Vertragspartners ausführen. Mit der Ausführung des Auftrages an einem Ausführungsplatz oder der Übertragung des F&O-Kontrakts mittels Give-up-Vereinbarung auf die Bank kommt gleichzeitig ein entsprechendes Geschäft zwischen dem Vertragspartner und der Bank zustande.
- 1.3 Die in Ziff. 1.1.2 Satz 1 und 1.1.3 genannten Geschäfte schließt die Bank als Eigenhändlerin im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ab. Mit der Aufnahme eines Geschäftes nach Ziff. 1.1.2 oder Ziff. 1.1.3 in das Abwicklungssystem einer zentralen Gegenpartei erlischt dieses Geschäft und es kommen gleichzeitig **Geschäfte** mit identischem Inhalt mit entgegengesetzten Positionen zwischen der Bank und der zentralen Gegenpartei einerseits (nachfolgend der „**OTC-Kontrakt**“ genannt) und zwischen der Bank und dem Vertragspartner andererseits zustande. Sieht das Regelwerk einer zentralen Gegenpartei vor, dass der OTC-Kontrakt nicht mit der Bank, sondern zwischen der zentralen Gegenpartei und dem Vertragspartner zustande kommt, wird die Bank gegenüber der zentralen Gegenpartei die Erfüllung der Verpflichtungen des Vertragspartners gem. den Anforderungen des entsprechenden Regelwerkes sicherstellen.
- 1.4 Die Parteien vereinbaren die entsprechende Anwendbarkeit der Rechtsvorschriften, Vertragswerke und Geschäftsbedingungen der zentralen Gegenpartei, in deren Abwicklungssystem das Geschäft aufgenommen wurde, in der jeweils geltenden Fassung (nachfolgend das „**Regelwerk**“ genannt), wobei das Regelwerk nach dem dafür anwendbaren Recht auszulegen ist. Das Regelwerk geht den Bestimmungen des Geschäfts und dieser Rahmenvereinbarung vor; die Bestimmungen des Geschäfts gehen dabei den Bestimmungen der Rahmenvereinbarung vor. Dies gilt auch für den Inhalt und die Abwicklung der Kontrakte oder der Geschäfte, z.B. hinsichtlich des Ausübungszeitpunktes, der Laufzeit oder der Anforderung von Sicherheiten und der Aussetzung oder Einstellung der Geschäftsabwicklung durch die an dem Ausführungsplatz bestehenden zentralen Gegenparteien und durch die sonstigen von der Bank in die Durchführung des Auftrages eingeschalteten Dritten. Hiervon abweichend gehen im Falle der Insolvenz im Sinne von Ziff. 4.2 des Vertragspartners oder im Falle eines Ereignisses, welches die Bank zur Kündigung der Rahmenvereinbarung gegenüber dem Vertragspartner nach Ziff. 4.1 berechtigt, die Regelungen der Nrn. 4 bis 6 den Bestimmungen des Regelwerkes vor.
- 1.5 Alle Geschäfte bilden untereinander und zusammen mit dieser Rahmenvereinbarung einen einheitlichen Vertrag (nachfolgend der „**Vertrag**“ genannt). Sie werden in dieser Rahmenvereinbarung aufgrund einer einheitlichen Risikobetrachtung und im Vertrauen darauf getätigt.
- 1.6 Die Bank ist berechtigt, die Abwicklung von Geschäften abzulehnen.
- 1.7 Die Bank bucht die für den Vertragspartner abzuwickelnden F&O-Kontrakte oder OTC-Kontrakte (nachfolgend zusammen die „**Kontrakte**“ genannt) in ihren Systemen in einem oder mehreren auf den Namen des Vertragspartners lautenden Positionskonten. Sie wird darüber hinaus bei den zentralen Gegenparteien für ihre Kunden ein oder mehrere Positionskonten unterhalten.
- 1.8 Wenn ein Kontrakt aus dem Abwicklungssystem der zentralen Gegenpartei herausgenommen wird, kann die Bank anstatt der Erfüllung des entsprechenden Geschäftes mit Wirkung zu dem in der Erklärung benannten Tag (nachfolgend der „**Beendigungstag**“ genannt) dessen vorzeitige Beendigung durch Barausgleich verlangen. An die Stelle der beiderseits geschuldeten Zahlungen oder sonstigen Leistungen, die nach dem Beendigungstag fällig geworden wären, tritt in diesem Fall ein von der Bank zu bestimmender Geldbetrag in Höhe des nach Ziff. 5.1 Satz 2 bis 4 zu berechnenden Barwertes des betroffenen Einzelabschlusses. Ziff. 8.2 gilt entsprechend.

- 1.9 Soweit die Bank von ihrem Recht aus Ziff. 1.8 keinen Gebrauch macht, sind diese Geschäfte, die zwischen Bank und Vertragspartner abgeschlossen wurden, nicht mehr Bestandteil dieser Rahmenvereinbarung, sondern unterliegen dann den Regelungen des zugrunde liegenden Rahmenvertrages.

2. Initial Margin

- 2.1 Die zentralen Gegenparteien verlangen von ihren Clearing-Mitgliedern für jeden Kontrakt die Stellung von Sicherheiten (nachfolgend die „**Initial Margin**“ genannt). Die Höhe der Initial Margin bestimmen die zentralen Gegenparteien in der Regel mittels finanzmathematischer Verfahren als den Betrag, der bei Annahme bestimmter extremer Marktpreisänderungen dem potenziellen Wiedereindeckungsaufwand nach Glattstellung des Kontraktes entspricht. Um die Initial Margin-Anforderungen der zentralen Gegenparteien zu decken, wird der Vertragspartner auf Anforderung der Bank dieser bankmäßige Sicherheiten mindestens in Höhe der Initial Margin stellen. Die Bank ist berechtigt, weitere Sicherheiten zu verlangen (nachfolgend die „**Bank Margin**“ genannt), deren Höhe sie unter Verwendung bankinterner Verfahren zur Risikoberechnung ermittelt.
- 2.2 Die Art der Sicherheitsleistung und die als Sicherheit zu stellenden Vermögenswerte werden die Bank und der Vertragspartner gemeinsam festlegen, wobei Sicherheiten im Wege der Vollrechtsübertragung oder des Pfandrechts gestellt werden können. Die Bank wird ihre gegenüber der zentralen Gegenpartei bestehende Verpflichtung zur Stellung von Initial Margin – soweit möglich – durch die Stellung von Sicherheiten gleicher Art und Güte, wie die ihr von dem Vertragspartner als Sicherheit verpfändeten oder als Vollrechte übertragenen Vermögenswerte, erfüllen. Gleiches gilt, wenn die Bank verpflichtet ist, auch die Bank Margin an die zentrale Gegenpartei weiterzuleiten. Entsprechen die als Sicherheit gestellten Vermögenswerte des Vertragspartners nicht oder nicht mehr den Anforderungen des maßgeblichen Regelwerks oder ist die Nutzung der Vermögenswerte des Vertragspartners aus anderen Gründen nicht möglich, wird die Bank der zentralen Gegenpartei auf Kosten des Vertragspartners andere Vermögenswerte als Sicherheit stellen.
- 2.3 Ändert sich die Höhe der von der zentralen Gegenpartei ermittelten Initial Margin oder die für die Bank Margin maßgebliche Risikoberechnung der Bank oder der Wert der vom Vertragspartner gestellten Sicherheiten zum Nachteil des Vertragspartners, so kann die Bank jederzeit innerhalb angemessener Frist verlangen, dass der Vertragspartner weitere Vermögenswerte als Sicherheit stellt. Die Frist für die Verstärkung der Sicherheiten kann im Einzelfall, z.B. wegen der Schnelligkeit, mit der sich Marktpreise verändern können, auch nach Stunden bestimmt werden. Ändern sich die Höhe der von der zentralen Gegenpartei ermittelten Initial Margin oder die für die Bank Margin maßgebliche Risikoberechnung der Bank oder der Wert der vom Vertragspartner gestellten Sicherheiten zum Vorteil des Vertragspartners, kann dieser die Freigabe bzw. Rückübertragung von gestellten Sicherheiten in Höhe des Betrages verlangen, um den der Wert der gestellten Sicherheiten die Summe aus Initial Margin und Bank Margin übersteigt.
- 2.4 Kommt der Vertragspartner der telefonischen oder mittels Telefax, E-Mail oder in einer anderen mit der Bank vereinbarten elektronischen Form übermittelten Aufforderung zur anfänglichen oder nachträglichen Sicherheitenstellung oder zur Sicherheitenverstärkung nicht nach, kann die Bank – unbeschadet der Rechte nach Ziff. 4.1 – nach entsprechender Androhung und, soweit möglich, unter Berücksichtigung der Interessen des Vertragspartners – einzelne oder alle unter diese Rahmenvereinbarung fallende Kontrakte des Vertragspartners glattstellen. Macht die Bank von ihrem Recht zur Glattstellung einzelner Kontrakte Gebrauch, so enden die den Kontrakten entsprechenden Geschäfte und die Bank wird realisierte Verluste vom Vertragspartner anfordern oder sein Konto belasten bzw. realisierte Gewinne an den Vertragspartner auskehren oder seinem Konto gutschreiben. Die Glattstellungsbefugnis besteht auch dann, wenn die Bank den Vertragspartner nicht erreichen kann. Der Vertragspartner wird daher Vorkehrungen treffen, dass er für die Bank an Bankarbeitstagen jederzeit erreichbar ist.

3. Variation Margin

- 3.1 Die zentralen Gegenparteien ermitteln fortlaufend täglich und auf Basis ihres Regelwerks für jeden in ihr Abwicklungssystem aufgenommenen Kontrakt den Barwert und – unter Berücksichtigung der bereits übertragenen Sicherheiten – den Betrag der zu stellenden Sicherheit („**Variation Margin**“) sowie die übertragungspflichtige Partei. Ist aufgrund der Berechnungen der zentralen Gegenpartei die Bank zur Stellung von Variation Margin an die zentrale Gegenpartei verpflichtet, so kann die Bank vom Vertragspartner einen Betrag in entsprechender Höhe anfordern oder seinem Konto belasten. Ist aufgrund der Berechnungen der zentralen Gegenpartei die zentrale Gegenpartei verpflichtet, Variation Margin an die Bank zu stellen, so muss die Bank einen Betrag in entsprechender Höhe an den Vertragspartner leisten oder seinem Konto gutschreiben.
- 3.2 Die Frist für die Übertragung von Variation Margin kann im Einzelfall, z.B. wegen der Schnelligkeit, mit der sich Marktpreise verändern können, auch nach Stunden bestimmt werden. Kommt der Vertragspartner der telefonischen oder mittels Telefax, E-Mail oder in einer anderen mit der Bank vereinbarten elektronischen Form übermittelten Aufforderung zum Ausgleich des Fehlbetrages nicht nach, gelten die Bestimmungen der Ziff. 2.4 entsprechend.

4. Beendigung

- 4.1 Sofern Geschäfte getätigt und noch nicht vollständig abgewickelt sind, ist der Vertrag nur aus wichtigem Grund kündbar. Ein solcher liegt auch dann vor, wenn eine fällige Zahlung oder sonstige Leistung – aus welchem Grund auch immer – nicht innerhalb von fünf Bankarbeitstagen nach Benachrichtigung des Zahlungs- oder Leistungspflichtigen vom Ausbleiben des Eingangs der Zahlung oder der sonstigen Leistung beim Empfänger eingegangen ist oder ein Fall der Ziff. 2.4 oder der Ziff. 3.2 vorliegt. Die Benachrichtigung und die Kündigung müssen in Textform, durch Telefax oder in ähnlicher Weise erfolgen. Eine Teilkündigung, insbesondere die Kündigung einzelner und nicht aller Geschäfte, ist ausgeschlossen.
- 4.2 Der Vertrag endet ohne Kündigung im Insolvenzfall. Der Insolvenzfall ist gegeben, wenn das Insolvenzverfahren oder ein sonstiges vergleichbares Verfahren über das Vermögen einer Partei beantragt wird und diese Partei entweder den Antrag selbst gestellt hat oder zahlungsunfähig ist oder sich sonst in einer Lage befindet, die die Eröffnung eines solchen Verfahrens rechtfertigt.
- 4.3 Im Fall der Beendigung des Vertrages durch Kündigung oder Insolvenz (nachfolgend „**Beendigung**“ genannt) ist keine Partei mehr zu Zahlungen oder sonstigen Leistungen aus diesem Vertrag verpflichtet, die gleichtägig oder später fällig geworden wären; an die Stelle dieser Verpflichtungen treten Ausgleichsforderungen nach Ziff. 5 und 6.

5. Schadenersatz und Vorteilsausgleich

- 5.1 Im Fall der Beendigung steht der kündigenden bzw. der solventen Partei (nachfolgend „**ersatzberechtigte Partei**“ genannt) ein Anspruch auf Schadenersatz zu. Der Schaden wird auf der Grundlage von unverzüglich abzuschließenden Ersatzgeschäften ermittelt, die dazu führen, dass die ersatzberechtigte Partei alle Zahlungen und sonstigen Leistungen erhält, die ihr bei ordnungsgemäßer Vertragsabwicklung zugestanden hätten. Sie ist berechtigt, die dazu nach ihrer Auffassung geeigneten Verträge abzuschließen. Wenn sie von dem Abschluss derartiger Ersatzgeschäfte absieht, kann sie nach ihrer Wahl denjenigen Betrag der Schadensberechnung zugrunde legen, den (i) sie für solche Ersatzgeschäfte auf der Grundlage von Zinssätzen, Terminalsätzen, Kursen, Marktpreisen, Indices und sonstigen Wertmessern sowie Kosten und Auslagen zum Zeitpunkt der Kündigung bzw. der Kenntniserlangung von dem Insolvenzfall hätte aufwenden müssen oder (ii) die zentrale Gegenpartei für die den Geschäften entsprechenden Kontrakte ermittelt hat. Der Schaden wird unter Berücksichtigung aller Geschäfte berechnet; ein finanzieller Vorteil, der sich aus der Beendigung von Geschäften (einschließlich solcher, aus denen die ersatzberechtigte Partei bereits alle Zahlungen oder sonstigen Leistungen der anderen Partei erhalten hat) ergibt, wird als Minderung des im Übrigen ermittelten Schadens berücksichtigt.
- 5.2 Erlangt die ersatzberechtigte Partei aus der Beendigung von Geschäften insgesamt einen finanziellen Vorteil, so schuldet sie vorbehaltlich Ziff. 6.2 der anderen Partei einen Betrag in Höhe dieses Vorteils, höchstens jedoch in Höhe des Schadens der anderen Partei. Bei der Berechnung des finanziellen Vorteils finden die Grundsätze der Ziff. 5.1 über die Schadensberechnung entsprechende Anwendung.

6. Abschlusszahlung

- 6.1 Rückständige Beträge und sonstige Leistungen und der zu leistende Schadensersatz werden von der ersatzberechtigten Partei zu einer einheitlichen Ausgleichsforderung in Euro zusammengefasst, wobei für rückständige sonstige Leistungen entsprechend Ziff. 5.1 Sätze 2 bis 4 ein Gegenwert in Euro ermittelt wird. Soweit eine Partei Sicherheiten im Wege der Vollrechtsübertragung geleistet hat, werden die Ansprüche dieser Partei auf Rückübertragung gleichwertiger Sicherheiten mit ihrem nachfolgend beschriebenen und von der ersatzberechtigten Partei ermittelten Wert wie rückständige sonstige Leistungen der besicherten Partei in die einheitliche Ausgleichsforderung einbezogen. Der Wert von Barsicherheiten entspricht deren Nominalbetrag zuzüglich der bis zur Beendigung des Vertrages aufgelaufenen Zinsen. Der Wert von Wertpapiersicherheiten wird mit dem bei einer Veräußerung gleichartiger Wertpapiere vom Sicherungsnehmer erzielten Erlös oder – nach Wahl der ersatzberechtigten Partei – mit dem Betrag festgesetzt, der unter Wahrung der Interessen des Sicherungsgebers unmittelbar nach Beendigung des Vertrages durch Veräußerung hätte erzielt werden können. Die ersatzberechtigte Partei kann ihrer Bewertung der Sicherheiten auch denjenigen Betrag zugrunde legen, den die zentrale Gegenpartei für die Sicherheiten der den beendeten Geschäften entsprechenden Kontrakte ermittelt hat. Soweit die vorgenannten Beträge nicht in Euro denominated sind, rechnet sie die ersatzberechtigte Partei zum Briefkurs in Euro um. Der im Rahmen der Verwertung von verpfändeten Sicherheiten erzielte Erlös wird entsprechend in die einheitliche Ausgleichsforderung einbezogen.
- 6.2 Eine Ausgleichsforderung gegen die ersatzberechtigte Partei wird nur fällig, soweit diese keine Ansprüche aus irgendeinem rechtlichen Grund gegen die andere Partei (nachfolgend „Gegenansprüche“ genannt) hat. Bestehen Gegenansprüche, so ist deren Wert zur Ermittlung des fälligen Teils der Ausgleichsforderung vom Gesamtbetrag der Ausgleichsforderung abzuziehen. Zur Berechnung des Werts der Gegenansprüche hat die ersatzberechtigte Partei diese, (i) soweit sie sich nicht auf Euro beziehen, zu einem nach Möglichkeit auf der Grundlage des am Berechnungstag geltenden, amtlichen Devisenkurses zu bestimmenden Brief-Kurs in Euro umzurechnen, (ii) soweit sie sich nicht auf Geldzahlungen beziehen, in eine in Euro ausgedrückte Schadensersatzforderung umzuwandeln und (iii) soweit sie nicht fällig sind, mit ihrem Barwert (unter Berücksichtigung auch der Zinsansprüche) zu berücksichtigen. Die ersatzberechtigte Partei kann die Ausgleichsforderung der anderen Partei gegen die nach Satz 3 errechneten Gegenansprüche aufrechnen. Soweit sie dies unterlässt, wird die Ausgleichsforderung fällig, sobald und soweit ihr keine Gegenansprüche mehr gegenüberstehen.

7. Ausfall der Bank

- 7.1 Hat der Vertragspartner Omnibus-Kunden-Kontentrennung oder Einzelkunden-Kontentrennung oder vergleichbare Trennungsmodelle gewählt und sieht das Regelwerk für diese Fälle vor, dass bei einem darin beschriebenen Beendigungsereignis hinsichtlich der Bank einzelne oder alle der von der Bank abgeschlossenen Kontrakte beendet werden, enden die Geschäfte, die den beendeten Kontrakten entsprechen, abweichend von Ziff 4 ohne Kündigung zum Zeitpunkt der Beendigung der Kontrakte. Auf diese Geschäfte finden Ziff. 4.3, 5 und 6 mit der Maßgabe Anwendung, dass separate Ausgleichsforderungen hinsichtlich jedes Trennungsmodells (soweit nach dem Regelwerk vorgesehen) unter Einbeziehung der Bewertungen der zentralen Gegenpartei für die Kontrakte und Sicherheiten ermittelt werden. Diese separaten Ausgleichsforderungen zwischen Bank und Vertragspartner entstehen zeitgleich mit den wegen der Beendigung der Kontrakte durch die zentrale Gegenpartei ermittelten Ausgleichsforderungen. Erfolgt eine Beendigung von Kontrakten nach den Bestimmungen mehrerer Regelwerke, gelten die vorstehenden Bestimmungen dieser Ziff. 7.1 bezüglich jeder zentralen Gegenpartei einzeln.
- 7.2 Nach Ziff. 7.1 ermittelte separate Ausgleichsforderungen werden wie eine rückständige sonstige Leistung in die nach Ziff. 6 zu ermittelnde einheitliche Ausgleichsforderung einbezogen. Satz 1 gilt nicht, wenn eine solche Einbeziehung den nach dem Regelwerk vorgesehenen Schutzmaßnahmen für Kundenpositionen entgegen steht.
- 7.3 Um die Übertragung von Kontrakten auf ein anderes Clearingmitglied zu ermöglichen, kann jede Partei verlangen, dass die jeweils andere Partei alle nach dem Regelwerk der jeweiligen zentralen Gegenpartei dazu geforderten Maßnahmen und Rechtshandlungen vornimmt.

8. Ausfall einer zentralen Gegenpartei

- 8.1 Wird ein Insolvenzverfahren oder ein sonstiges vergleichbares Verfahren über das Vermögen der zentralen Gegenpartei beantragt und hat sie den Antrag entweder selbst gestellt oder ist sie zahlungsunfähig oder sonst in einer Lage, die die Eröffnung eines solchen Verfahrens rechtfertigt, enden automatisch und zeitgleich die zwischen der Bank und dem Vertragspartner geschlossenen Geschäfte, die den über diese zentrale Gegenpartei abgewickelten Kontrakten entsprechen. Es gelten insoweit Ziff. 4.3, 5 und 6 mit der Maßgabe, dass die Bank als ersatzberechtigte Partei gilt.
- 8.2 Die Bank steht nicht für die Leistungsfähigkeit von zentralen Gegenparteien ein. Eine Ausgleichsforderung gegen die Bank ist auf den Betrag beschränkt, den die Bank von der zentralen Gegenpartei für die beendeten Kontrakte erhält.

9. Einschaltung Dritter und Meldepflichten

- 9.1 Sofern in Ziff. 14 nichts Abweichendes vereinbart wurde, gilt Folgendes: Die Bank darf im Rahmen der Ausführung von Aufträgen, insbesondere bei Geschäften, die über zentrale Gegenparteien mit Sitz im Ausland abgewickelt werden sollen, Dritte beauftragen; im Fall der Erfüllung von Pflichten nach Ziff. 10.7 gilt dies auch für die Lieferung und Abnahme.
- 9.2 Die Bank haftet nur für die sorgfältige Auswahl der beauftragten Dritten. Die Bank wird dem Vertragspartner bei Leistungsstörungen die Ansprüche gegen die beauftragten Dritten abtreten.
- 9.3 Sofern in Ziff. 14 nichts Abweichendes vereinbart wurde, gilt Folgendes: Die nach EMIR oder einer vergleichbaren gesetzlichen Regelung erforderlichen Meldungen wird die Bank vornehmen; sie kann sich dabei Dritter bedienen.

10. Besondere Bestimmungen für Aufträge nach Ziff. 1.1.1 über den Abschluss von F&O-Kontrakten an Ausführungsplätzen und deren Abwicklung

- 10.1 Aufträge nach Ziff. 1.1.1 kann der Vertragspartner der Bank auch telefonisch, mittels Telefax, E-Mail oder in einer anderen mit der Bank vereinbarten elektronischen Form übermitteln.
- 10.2 Der Vertragspartner kann der Bank bei der Erteilung von Aufträgen zum Abschluss von F&O-Kontrakten an Ausführungsplätzen Preisgrenzen vorgeben (preislich limitierte Aufträge). Ein ohne ausdrückliche Bestimmung der Gültigkeitsdauer erteilter Auftrag zum Abschluss von F&O-Kontrakten gilt nur für den Tag der Auftragserteilung.
- 10.3 Die Bank behält sich vor, die Annahme von Aufträgen im Einzelfall nach ihrem Ermessen abzulehnen, es sei denn, die Aufträge dienen der Glättstellung von noch nicht abgewickelten F&O-Kontrakten. Aufträge zur Ausführung von Spotgeschäften kann die Bank auch dann ablehnen, wenn der Vertragspartner die für die Lieferung erforderlichen Basiswerte nicht auf seinem Devisenkonto, Depot oder einer von der Bank benannten Stelle angeschafft hat oder nicht nachweist, dass er die für die Abnahme der Basiswerte notwendigen Vorkehrungen getroffen hat. Ziff. 10.7 Satz 2 gilt entsprechend.
- 10.4 Beim Kauf einer Option wird die Bank die Optionsprämien anfordern oder dem Konto des Vertragspartners belasten. Für Optionen, bei denen die Optionsprämien nicht voll bezahlt werden müssen (so genannte Futures-style Options), gelten Ziff. 2 und 3 entsprechend.
- 10.5 Die Bank wird dem Vertragspartner bei jeder Änderung der offenen Positionen aus noch nicht beendeten F&O-Kontrakten einen Positionsauszug zur Verfügung stellen.
- 10.6 Sollte der Vertragspartner eine Option ausüben oder einen Future durch effektive Lieferung erfüllen bzw. erfüllt haben wollen, muss er der Bank gegenüber diese Erklärung spätestens bis zu dem von der Bank angegebenen Zeitpunkt abgeben. Die Bank ist nicht verpflichtet, den Vertragspartner auf den bevorstehenden Ablauf der Option und seine Erklärungsfrist aufmerksam zu machen.
- 10.7 Bei F&O-Kontrakten, die durch effektive Lieferung zu erfüllen sind, erwartet die Bank die Weisung des Vertragspartners, ob die Lieferung herbeigeführt werden soll. Hat der Vertragspartner bis zu einem ihm hierzu bekannt gegebenen Zeitpunkt keine Weisung erteilt oder die für die Lieferung erforderlichen Basiswerte oder die für die Bezahlung erforderlichen Guthaben nicht auf seinem Konto, Devisenkonto, Depot oder einer von der Bank benannten Stelle angeschafft, hat die Bank das Recht, den zu beliefernden F&O-Kontrakt unverzüglich glattzustellen, um eine Abwicklung durch effektive Lieferung zu vermeiden. Ziff. 2.4 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.
- 10.8 Die Bank rechnet gegenüber dem Vertragspartner den Preis des F&O-Kontraktes ab; sie ist berechtigt ihr Entgelt in Rechnung zu stellen. Ein möglicher Anspruch der Bank auf Ersatz von Aufwendungen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

- 10.9 Wird an einem Ausführungsplatz auf Veranlassung der dazu befugten Stelle der Handel in bestimmten F&O-Kontrakten ganz oder teilweise ausgesetzt und werden daraufhin alle Aufträge in diesen F&O-Kontrakten gelöscht, erlöschen sämtliche an diesem Ausführungsplatz auszuführenden Aufträge des Vertragspartners für die betreffenden F&O-Kontrakte; die Bank wird den Vertragspartner hiervon unverzüglich benachrichtigen.
- 10.10 Durch den Verkauf einer Option (Eingehen einer Stillhalterposition) erteilt der Vertragspartner der Bank unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB unwiderruflich Vollmacht, die Erklärung der Bank über die Ausübung der Option für ihn entgegenzunehmen. Die Bank unterrichtet den Vertragspartner unverzüglich über die Ausübung.

11. Besondere Bestimmungen für Geschäfte nach Ziff. 1.1.2, die unter Zugrundelegung eines Rahmenvertrages abgeschlossen werden

- 11.1 Die Bank wird dem Vertragspartner die Aufnahme des Geschäfts in das Abwicklungssystem der betreffenden zentralen Gegenpartei unverzüglich mittels Telefax, E-Mail oder in einer anderen mit der Bank vereinbarten elektronischen Form mitteilen, sofern nicht bereits die zentrale Gegenpartei den Vertragspartner informiert hat; die Mitteilung kann auch Bestandteil des Positionsauszuges sein. Ziff. 10.5 gilt entsprechend.
- 11.2 Sofern mit dem Vertragspartner keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, richten sich die Entgelte für die erbrachten Leistungen der Bank nach dem jeweils gültigen Preis- und Leistungsverzeichnis.

12. Besondere Bestimmungen für Geschäfte nach Ziff. 1.1.3, die auf Grundlage dieser Rahmenvereinbarung abgeschlossen werden

- 12.1 Haben sich die Parteien über ein Geschäft geeinigt, so wird die Bank dem Vertragspartner in Textform, durch Telefax oder in einer anderen mit der Bank vereinbarten elektronischen Form dessen Inhalt bestätigen. Der Vertragspartner ist berechtigt, eine unterzeichnete Ausfertigung der Bestätigung zu verlangen. Eine Bestätigung ist jedoch keine Voraussetzung für die Rechtswirksamkeit des Geschäfts.
- 12.2 Die Bank wird vom Vertragspartner die von diesem geschuldeten Zahlungen und sonstigen Leistungen spätestens an den vereinbarten Fälligkeitstagen anfordern oder seinem Konto belasten.
- 12.3 Sofern in Ziff. 14 nicht abweichend vereinbart, gilt Folgendes: Bei Devisentermingeschäften muss bis spätestens 12.00 Uhr des zweiten Bankarbeitstages vor Fälligkeit der Devisentermingeschäfte eine Nachricht vorliegen, dass die vom Vertragspartner anzuschaffende Währung (Euro oder Fremdwährung) am Fälligkeitstag wie vereinbart zur Verfügung stehen wird. Die Mitteilung ist entbehrlich, wenn der Vertragspartner zu diesem Zeitpunkt auf einem seiner Konten bei der Bank über ein entsprechendes Guthaben verfügt. Andernfalls ist die Bank berechtigt, die offene Position aus dem Geschäft Interesse während an einem Devisenmarkt oder einem Freiverkehrsmarkt zu Lasten des Vertragspartners anzuschaffen bzw. zu verkaufen.
- 12.4 Wird ein Geschäft in das Abwicklungssystem einer zentralen Gegenpartei aufgenommen, gelten Ziff. 11.1 Sätze 3 und 4 sowie Ziff. 11.2 entsprechend.

13. Verschiedenes

- 13.1 „Bankarbeitstag“ im Sinne dieses Vertrages ist jeder Tag, an dem die Banken in Frankfurt am Main für Geschäfte, einschließlich des Handels in Fremdwährungen und der Entgegennahme von Fremdwährungseinlagen, geöffnet sind (mit Ausnahme des Samstags und des Sonntags).
- 13.2 „Geschäftstag“ ist jeder im Regelwerk bestimmte Tag, an dem die betreffende zentrale Gegenpartei Geschäfte in ihr Abwicklungssystem aufnimmt, bewertet und die sich hieraus ergebenden Zahlungen und Lieferungen verrechnet und abwickelt.
- 13.3 Die Rahmenvereinbarung in der hiermit vereinbarten Fassung gilt auch für alle etwaigen Geschäfte der Parteien unter der Rahmenvereinbarung in einer früheren Fassung. Hierzu zählen auch Geschäfte, die unter Zugrundelegung der Sonderbedingungen für Termingeschäfte abgeschlossen wurden. Für diese Geschäfte bleibt die frühere Fassung jedoch insoweit maßgeblich, als dies zum Verständnis der in ihnen getroffenen Regelungen erforderlich ist.
- 13.4 Die Parteien und jeweils eingeschaltete Dritte sind berechtigt, im Rahmen der Abwicklung der Geschäfte geschäftsbezogene und kundenbezogene Daten soweit erforderlich an Dritte, insbesondere an Transaktionsregister, zentrale Gegenparteien und Aufsichtsbehörden, weiterzugeben.
- 13.5 Sind Bestimmungen des Vertrages unwirksam oder undurchführbar, so bleiben die übrigen Vorschriften hiervon unberührt. Gegebenenfalls hierdurch entstehende Vertragslücken werden durch ergänzende Vertragsauslegung unter angemessener Berücksichtigung der Interessen der Parteien geschlossen.
- 13.6 Der Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 13.7 Nicht ausschließlicher Gerichtsstand ist der Sitz der Bank.
- 13.8 Anschrift des Zustellungsbevollmächtigten in der Bundesrepublik Deutschland:

Frau Herr Titel: _____
 Vorname: _____
 Name: _____
 Firmenname: _____

Straße/Nr.: _____
 Adresszusatz: _____
 PLZ: _____ Ort: _____

14. Zusätzliche Vereinbarungen

14.1 Zweck und Gegenstand dieser zusätzlichen Vereinbarungen

- 14.1.1 Die Bank bietet gegenüber dem Vertragspartner die Abwicklung von F&O-Kontrakten im Wege des indirekten Clearings über zentrale Gegenparteien an. Die nachfolgenden Bestimmungen dienen dazu, die zwischen der Bank und dem Vertragspartner bestehende Clearing Rahmenvereinbarung (nachfolgend „Rahmenvereinbarung“ genannt) entsprechend abzuändern. Im Falle eines Widerspruchs zwischen den Bestimmungen dieser zusätzlichen Vereinbarungen und der Rahmenvereinbarung, gehen die Bestimmungen dieser zusätzlichen Vereinbarungen vor. Dies gilt jedoch nicht für Ziff. 1.4 der Rahmenvereinbarung.
- 14.1.2 Für die Zwecke der Abwicklung von F&O-Kontrakten über zentrale Gegenparteien – gem. dieser zusätzlichen Vereinbarungen – wird die Bank ein oder mehrere Mitglieder dieser zentralen Gegenparteien (nachfolgend jeweils „Clearing-Mitglied“ genannt) für Clearingdienstleistungen hinsichtlich des Vertragspartners auf der Grundlage einer Clearingvereinbarung (nachfolgend jeweils „Kundenclearingvereinbarung“ genannt) beauftragen. Die Kundenclearingvereinbarung enthält insbesondere Regelungen zur Entstehung, Besicherung, Beendigung oder Übertragung von Clearinggeschäften zwischen dem Clearing-Mitglied und der Bank (nachfolgend jeweils „Kundenclearinggeschäft“ genannt) in Bezug auf die betreffenden in das Abwicklungssystem der zentralen Gegenparteien aufgenommenen F&O-Kontrakte.
- 14.1.3 Die Parteien stimmen überein, dass die Bank im Rahmen der Abwicklung von F&O-Kontrakten die Position eines risikolosen Geschäftsherren („riskless principal“) einnimmt und die Rahmenvereinbarung sowie diese zusätzlichen Vereinbarungen, insbesondere Ziff.14.8 dieser zusätzlichen Vereinbarungen, entsprechend auszulegen ist.
- 14.1.4 Zur Klarstellung wird festgehalten, dass im Falle der Insolvenz des Vertragspartners im Sinne von Ziff. 4.2 der Rahmenvereinbarung oder im Falle eines Ereignisses, welches die Bank zur Kündigung der Rahmenvereinbarung gegenüber dem Vertragspartner nach Ziff. 4.1 der Rahmenvereinbarung berechtigt, die Regelungen der Ziff. 1.5 sowie Ziff. 4 bis 6 der Rahmenvereinbarung und – vorbehaltlich der Regelungen in Ziff. 14.4 und 14.5 dieser zusätzlichen Vereinbarungen – dieser zusätzlichen Vereinbarungen vorgehen.

14.2 Entstehung von Geschäften

- 14.2.1 Mit der Aufnahme eines F&O-Kontrakts hinsichtlich des Vertragspartners in das Abwicklungssystem einer zentralen Gegenpartei und der Entstehung eines Kundenclearinggeschäfts zwischen dem betreffenden Clearing-Mitglied und der Bank gem. der Kundenclearingvereinbarung kommt ein Geschäft mit identischem Inhalt des Kundenclearinggeschäfts, jedoch mit entgegengesetzter Position der Bank, zwischen der Bank und dem Vertragspartner zustande („indirektes Clearing“).

- 14.2.2 Die Parteien vereinbaren die entsprechende Anwendbarkeit der Rechtsvorschriften, Vertragswerke und Geschäftsbedingungen der zentralen Gegenpartei, in deren Abwicklungssystem das Geschäft aufgenommen wurde, in der jeweils geltenden Fassung (nachfolgend „**Regelwerk**“ genannt). Dies gilt unter anderem auch für den Inhalt und die Abwicklung der Geschäfte hinsichtlich der Aussetzung oder Einstellung der Geschäftsabwicklung durch die sonstigen von der Bank in die Durchführung des Auftrages oder die Abwicklung eingeschalteten Dritten, insbesondere das betreffende Clearing-Mitglied, auf der Grundlage der Kundenclearingvereinbarung.
- 14.2.3 Die Bank wird bei den zentralen Gegenparteien bzw. bei dem betreffenden Clearing-Mitglied für ihre Kunden ein oder mehrere Positionskonten unterhalten. Die Bank und der Vertragspartner können hierfür ein spezifisches Trennungsmodell vereinbaren. Die Bank ist berechtigt, alle gesetzlich geforderten oder erforderlichen Informationen vom Kunden zu verlangen und soweit erforderlich oder gesetzlich gefordert, Informationen an das Clearing-Mitglied oder die zentrale Gegenpartei direkt oder indirekt zu übermitteln. Die Bank verpflichtet sich, dem Vertragspartner ausreichende Informationen zu zentralen Gegenparteien und Clearing-Mitgliedern, über die eine Abwicklung von F&O Kontrakten erfolgt, zur Verfügung zu stellen.
- 14.2.4 Im Falle eines Barausgleichs nach Ziff. 1.8 der Rahmenvereinbarung gelten Ziff. 14.7.2, Ziff. 14.8.1, 14.8.4 und 14.8.6 dieser zusätzlichen Vereinbarungen entsprechend.
- 14.3 Initial Margin, Variation Margin**
- 14.3.1 Gem. der Kundenclearingvereinbarung ist die Bank verpflichtet, dem betreffenden Clearing-Mitglied eine Initial Margin, einschließlich einer zusätzlichen Sicherheit und eine Variation Margin zu stellen. Die Regelungen der Ziff. 2.1 bis 2.4 der Rahmenvereinbarung und der Ziff. 3.1 bis 3.2 der Rahmenvereinbarung gelten vorbehaltlich der nachfolgenden Ziff. 14.8 dieser zusätzlichen Vereinbarungen insoweit entsprechend für die Stellung und Übertragung von Initial Margin und Variation Margin durch den Vertragspartner beim indirekten Clearing unter Bezugnahme auf (i) die Verpflichtungen zur Stellung oder Rückgabe von Sicherheiten zwischen der Bank und dem Clearing-Mitglied nach den Kundenclearingvereinbarungen und (ii) die auf dieser Grundlage vorgenommenen Berechnungen, Bewertungen und Risikoabschläge durch das Clearing-Mitglied. Sofern die Kundenclearingvereinbarung die Stellung von Variation Margin des Clearing-Mitglieds an die Bank vorsieht, findet Ziff. 3.1 der Rahmenvereinbarung eine entsprechende Anwendung zwischen der Bank und dem Vertragspartner.
- 14.3.2 Ziff. 2.4 der Rahmenvereinbarung gilt entsprechend und die Bank ist berechtigt Kontrakte hinsichtlich des Vertragspartners und das betreffende Kundenclearinggeschäft zu beenden. Macht die Bank von Ihrem Recht zur Glatstellung einzelner Kontrakte und zur Beendigung des betreffenden Kundenclearinggeschäfts Gebrauch, so gelten Ziff. 2.4 Sätze 2 und 3 der Rahmenvereinbarung entsprechend.
- 14.4 Schadenersatz und Vorteilsausgleichung**
- 14.4.1 Ergänzend zu Ziff. 5.1 Satz 4 der Rahmenvereinbarung kann die Bank nach eigener Wahl anstatt des nach (ii) seitens der zentralen Gegenpartei ermittelten Betrags für die den Geschäften entsprechenden Kontrakte den Betrag heranziehen, den das Clearing-Mitglied gem. der Kundenclearingvereinbarung für die den Geschäften entsprechenden Kundenclearinggeschäfte ermittelt hat.
- 14.5 Abschlusszahlung**
- 14.5.1 Die Regelungen aus Ziff. 6.1 und 6.2 der Rahmenvereinbarung zu Ausgleichszahlungen gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass der Bewertung von Wertpapiersicherheiten nach eigener Wahl der Bank derjenige Betrag zugrunde gelegt werden kann, den das betreffende Clearing-Mitglied für diese Wertpapiersicherheiten im Rahmen der Kundenclearingvereinbarung ermittelt hat.
- 14.6 Ausfall der Bank**
- 14.6.1 Hat der Vertragspartner Omnibus-Kunden-Kontentrennung oder Einzelkunden-Kontentrennung oder vergleichbare Trennungsmodelle gewählt und sieht das Regelwerk bzw. die Kundenclearingvereinbarung für diese Fälle vor, dass bei einem darin beschriebenen Beendigungsereignis hinsichtlich der Bank einzelne oder alle der von der Bank geschlossenen Kundenclearinggeschäfte beendet werden, enden die Geschäfte, die den beendeten Kundenclearinggeschäften entsprechen, abweichend von Ziff. 4 der Rahmenvereinbarung ohne Kündigung zum Zeitpunkt der Beendigung der Kundenclearinggeschäfte. Auf diese Geschäfte finden Ziff. 4.3, Ziff. 5 und 6 der Rahmenvereinbarung und Ziff. 14.4 und 14.5 dieser zusätzlichen Vereinbarungen mit der Maßgabe Anwendung, dass eine einheitliche Ausgleichsforderung oder separate Ausgleichsforderungen hinsichtlich jedes Trennungsmodells (soweit nach der Kundenclearingvereinbarung vorgesehen) unter Einbeziehung der Bewertungen für die Kundenclearinggeschäfte und Sicherheiten gem. der Kundenclearingvereinbarung ermittelt werden. Diese einheitliche(n) bzw. separate(n) Ausgleichsforderung(en) zwischen Bank und Vertragspartner entstehen zeitgleich mit den wegen der Beendigung der Kundenclearinggeschäfte durch das betreffende Clearing-Mitglied ermittelte(n) Ausgleichsforderung(en). Erfolgt eine Beendigung von Kundenclearinggeschäften nach den Bestimmungen mehrerer Regelwerke und/oder mehrerer Kundenclearingvereinbarungen, gelten die vorstehenden Bestimmungen dieser Ziff. 14.6.1 bezüglich jeder zentralen Gegenpartei bzw. jedes Clearing-Mitglied einzeln.
- 14.6.2 Nach Ziff. 14.6.1 dieser zusätzlichen Vereinbarungen ermittelte einheitliche oder separate Ausgleichsforderungen werden wie eine rückständige sonstige Leistung in die nach Ziff. 6 der Rahmenvereinbarung zu ermittelnde einheitliche Ausgleichsforderung einbezogen. Satz 1 gilt nicht, wenn eine solche Einbeziehung den nach dem Regelwerk und der Kundenclearingvereinbarung vorgesehenen Schutzmaßnahmen für Kundenpositionen entgegen steht. In diesem Fall stimmt die Bank einer Direktleistung seitens des jeweiligen Clearing-Mitglieds an den Vertragspartner zur Erfüllung eines Ausgleichsanspruchs des Vertragspartners gegen die Bank zu. Ziff. 9 der Rahmenvereinbarung bleibt hiervon jedoch unberührt.
- 14.6.3 Um die Übertragung von Kontrakten auf ein Clearing-Mitglied oder einen anderen Kunden des Clearing-Mitglieds zu ermöglichen, ist eine Zustimmung der Bank nicht erforderlich. Der Vertragspartner kann verlangen, dass die Bank alle nach den anwendbaren Gesetzen, dem Regelwerk der jeweiligen zentralen Gegenpartei und der Kundenclearingvereinbarung dafür erforderlichen Maßnahmen und Rechtshandlungen vornimmt.
- 14.6.4 Im Insolvenzfall der Bank findet Ziff. 4.2 der Rahmenvereinbarung keine Anwendung. Die Ziff. 14.6 dieser zusätzlichen Vereinbarungen ist abschließend.
- 14.6.5 Ziff. 14.7 dieser zusätzlichen Vereinbarungen gilt uneingeschränkt auch im Falle des Ausfalls der Bank.
- 14.7 Ausfall einer zentralen Gegenpartei**
- 14.7.1 Wird ein Insolvenzverfahren oder ein sonstiges vergleichbares Verfahren über das Vermögen der zentralen Gegenpartei beantragt und hat sie den Antrag entweder selbst gestellt oder ist sie zahlungsunfähig oder sonst in einer Lage, die die Eröffnung eines solchen Verfahrens rechtfertigt oder tritt ein anderes Ereignis hinsichtlich der zentralen Gegenpartei ein, das zu einer Beendigung von Kontrakten und den entsprechenden Kundenclearinggeschäften führt, enden automatisch und zeitgleich die zwischen der Bank und dem Vertragspartner geschlossenen Geschäfte, die den beendeten Kundenclearinggeschäften entsprechen. Es gelten insoweit Ziff. 4.3, 5 und 6 der Rahmenvereinbarung mit der Maßgabe, dass die Bank als ersatzberechtigte Partei gilt.
- 14.7.2 Die Bank steht nicht für die Leistungsfähigkeit von zentralen Gegenparteien ein. Eine Ausgleichsforderung gegen die Bank gem. Ziff. 14.7.1 Satz 2 dieser zusätzlichen Vereinbarungen ist auf den Betrag beschränkt, den die Bank von dem betreffenden Clearing-Mitglied für die beendeten Kundenclearinggeschäfte, die den beendeten Geschäften entsprechen, erhält.
- 14.7.3 Die Bank ist neben einer Ausgleichsforderung gegen den Vertragspartner gem. Ziff. 14.7.1 Satz 2 dieser zusätzlichen Vereinbarungen berechtigt, vom Vertragspartner alle zusätzlichen Beträge von Ausgleichszahlungen und anderen Verpflichtungen zu verlangen, welche die Bank gem. der Kundenclearingvereinbarung verpflichtet ist, an das Clearing-Mitglied in Bezug auf die beendeten Kundenclearinggeschäfte, die den beendeten Geschäften entsprechen, zu leisten. Die Bank hat das Recht, vom Vertragspartner die Freistellung gegenüber dem Clearing-Mitglied zu verlangen.
- 14.8 Beschränkter Rückgriff und Ersatzbefugnisse der Bank, Ausfall eines Clearing-Mitglieds**
- 14.8.1 Die Bank steht nicht für die Leistungsfähigkeit von Clearing-Mitgliedern ein.
- 14.8.2 Jede Änderung oder Beendigung eines Kundenclearinggeschäfts – einschließlich aufgrund einer Übertragung, Verrechnung, Geschäftskompression oder ähnliche Prozesse hinsichtlich der entsprechenden F&O-Kontrakte, aufgrund einer Änderung des Regelwerks oder einer sonstigen Handlung der zentralen Gegenpartei oder einer Aufsichtsbehörde – führt zu einer entsprechenden Änderung oder Beendigung des dem Kundenclearinggeschäft entsprechenden Geschäfts. Dies gilt vorbehaltlich Ziff. 14.6 dieser zusätzlichen Vereinbarungen auch im Falle des Ausfalls der Bank.
- 14.8.3 Verpflichtungen der Bank zur Leistung auf ein Geschäft sowie die Fälligkeitszeitpunkte für eine Leistung gem. der Rahmenvereinbarung stehen unter dem Vorbehalt der entsprechenden vollständigen oder teilweisen Leistung des Clearing-Mitglieds im Rahmen des Kundenclearinggeschäfts, das dem betreffenden Geschäft entspricht. Entsprechendes gilt im Falle einer Forderung des Vertragspartners nach.
- 14.8.4 Unbeschadet der Ziff. 14.8.5 und 14.8.6 dieser zusätzlichen Vereinbarungen ist der Vertragspartner verpflichtet, der Bank alle Verluste, Kosten und Aufwendungen zu ersetzen, welche der Bank hinsichtlich der Kundenclearinggeschäfte, die Geschäften entsprechen, aufgrund eigener Verpflichtungen der Bank gegenüber dem Clearing-Mitglied zur Freistellung, zum Ersatz von Verlusten, Kosten oder anderweitigen zusätzlichen Beträgen, aufgrund Haftungsbeschränkungen des Clearing-Mitglieds gegenüber der Bank oder aufgrund anderweitiger Risikoabwälzungen des Clearing-Mitglieds auf die Bank gem. der Kundenclearingvereinbarungen entstehen, oder die Bank auf deren Verlangen freizustellen.

- 14.8.5 Werden gem. der Kundenclearingvereinbarung aufgrund eines darin genannten Beendigungsereignisses hinsichtlich des Clearing-Mitglieds Kundenclearinggeschäfte beendet, enden automatisch und zeitgleich die zwischen der Bank und dem Vertragspartner geschlossenen Geschäfte, die den Kundenclearinggeschäften entsprechen. Es gelten insoweit Ziff. 5.3, 5 und 6 der Rahmenvereinbarung mit der Maßgabe, dass die Bank als ersatzberechtigte Partei gilt.
- 14.8.6 Eine Ausgleichsforderung gegen die Bank gem. Ziff. 5 und 6.1 der Rahmenvereinbarung sowie gem. Ziff. 14.8.5 Satz 2 dieser zusätzlichen Vereinbarungen ist auf den Betrag beschränkt, den die Bank von dem betreffenden Clearing-Mitglied für die beendeten Kundenclearinggeschäfte, die den beendeten Geschäften entsprechen, erhält.
- 14.8.7 Die Bank ist neben einer Ausgleichsforderung gegen den Vertragspartner gem. Ziff. 5 und 6.1 der Rahmenvereinbarung sowie gem. Ziff. 14.8.5 Satz 2 dieser zusätzlichen Vereinbarungen berechtigt, vom Vertragspartner alle zusätzlichen Beträge für Ausgleichszahlungen und anderen Verpflichtungen zu verlangen, welche die Bank gem. der Kundenclearingvereinbarung verpflichtet ist, an das Clearing-Mitglied in Bezug auf die beendeten Kundenclearinggeschäfte, die den beendeten Geschäften entsprechen, zu leisten, oder auf Verlangen des Vertragspartners, die Freistellung von diesen Verpflichtungen zu verlangen.
- 14.8.8 Erfolgt im Hinblick auf einen Ausfall des Clearing-Mitglieds eine Übertragung von Kontrakten und Kundenclearinggeschäften auf ein anderes Clearing-Mitglied gem. dem Regelwerk einer zentralen Gegenpartei, ist die Bank berechtigt, diejenigen erforderlichen Anpassungen an den Geschäften, die den übertragenen Kundenclearinggeschäften entsprechen, vorzunehmen, um die Geschäfte an den Inhalt der entsprechenden übertragenen Kontrakte bzw. Kundenclearinggeschäfte anzupassen. Die Bank ist berechtigt, vom Vertragspartner den Ersatz aller Kosten, Aufwendung und zusätzlichen Beträge zu verlangen, die der Bank hinsichtlich der übertragenen Kontrakte und Kundenclearinggeschäften, die Geschäften entsprechen, von der zentralen Gegenpartei oder dem anderen Clearing-Mitglied in Rechnung gestellt werden. Ziff. 14.8.4 dieser zusätzlichen Vereinbarungen bleibt hiervon unberührt.
- 14.8.9 Ziff. 14.8.5, 14.8.6 und 14.8.7 gelten entsprechend im Falle der Kündigung der Kundenclearingvereinbarung und deren Abwicklung oder Übertragung auf ein anderes Clearing-Mitglied.

15. Unterschrift

Ort, Datum

x

Unterschrift

Sonderbedingungen für Termingeschäfte

Diese Sonderbedingungen gelten für Geschäfte an Terminbörsen sowie für außerbörsliche Termingeschäfte (nachfolgend „Geschäfte“ genannt). Sie gelten nicht für solche außerbörslichen Geschäfte, für die die Anwendung des Rahmenvertrags für Finanztermingeschäfte oder eines anderen Rahmenvertrags vereinbart ist, der alle unter ihm dokumentierten Geschäfte zu einem einheitlichen Vertrag verbindet. Für Geschäfte, bei denen die Rechte in Urkunden verbrieft sind (z.B. bei Optionsscheinen), gelten die Sonderbedingungen für Wertpapiergeschäfte.

Abschnitt 1 - Geschäfte an Terminbörsen

1. Ausführung der Geschäfte

1.1 Geschäfte in Kontrakten der Eurex Deutschland

Die Bank wird alle Aufträge, die sich auf die zum Handel an der Eurex Deutschland zugelassenen Options- und Futures-Kontrakte beziehen, als Kommissionärin im eigenen Namen für Rechnung des Kunden an der Eurex Deutschland ausführen. Die Bank kann auch einen anderen Kommissionär (Zwischenkommissionär) mit der Ausführung des Auftrags beauftragen. Mit dem Zustandekommen des Geschäfts an der Eurex Deutschland (Ausführungsgeschäft) kommt gleichzeitig ein entsprechendes Geschäft zwischen dem Kunden und der Bank zustande. Für sämtliche Geschäfte mit dem Kunden in Kontrakten, die zum Handel an der Eurex Deutschland zugelassen sind, gelten die Handels- und Clearing-Bedingungen sowie die Börsenordnung der Eurex Deutschland.

1.2 Geschäfte an ausländischen Terminbörsen

Aufträge zum Abschluss von Geschäften an ausländischen Terminbörsen führt die Bank als Kommissionärin im eigenen Namen für Rechnung des Kunden aus. Die Bank kann auch einen Zwischenkommissionär beauftragen, das Ausführungsgeschäft abzuschließen. Sie haftet nur für die sorgfältige Auswahl der im Ausland in die Ausführung des Kunden auftrages eingeschalteten Stellen; sie wird dem Kunden bei Leistungsstörungen ihre Ansprüche gegen die eingeschalteten Stellen abtreten.

Die Ausführungsgeschäfte in Kontrakten, die an ausländischen Terminbörsen gehandelt werden, unterliegen den dort geltenden Rechtsvorschriften und Geschäftsbedingungen (Usancen); daneben gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Vertragspartners der Bank. Dies gilt auch für den Inhalt und die Abwicklung der Ausführungsgeschäfte, z.B. hinsichtlich des Ausübungszeitpunktes, der Laufzeit oder der Anforderung von Sicherheiten, aber auch der Aussetzung oder Einstellung der Geschäftsabwicklung durch die an der Börse bestehenden Clearing-Stellen und durch die sonstigen von der Bank in die Durchführung des Kundenauftrages eingeschalteten Stellen.

2. Preis des Geschäfts/Entgelt/Aufwendungen

Die Bank rechnet gegenüber dem Kunden den Preis des Ausführungsgeschäfts ab; sie ist berechtigt, ihr Entgelt und ihre Auslagen einschließlich fremder Kosten in Rechnung zu stellen. Ein möglicher Anspruch der Bank auf Ersatz von Aufwendungen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

3. Wahl des Ausführungsplatzes

Sind Aufträge an verschiedenen Börsen ausführbar, so bestimmt die Bank mangels anderweitiger Weisung den Ausführungsplatz unter Wahrung der Interessen des Kunden und wird ihn über den Ausführungsplatz unverzüglich unterrichten.

4. Festsetzung von Preisgrenzen

Der Kunde kann der Bank bei der Erteilung von Aufträgen Preisgrenzen für das Ausführungsgeschäft vorgeben (preislich limitierte Aufträge).

5. Gültigkeitsdauer von unbefristeten Aufträgen

Ein ohne ausdrückliche Bestimmung der Gültigkeitsdauer erteilter Auftrag zum Abschluss von Geschäften an Terminbörsen gilt nur für den Tag der Auftragserteilung.

6. Aussetzung des Handels

Wird an einer Terminbörse auf Veranlassung der Börsengeschäftsführung der Handel in bestimmten Geschäften ganz oder teilweise ausgesetzt und werden daraufhin alle Aufträge in diesen Geschäften gelöscht, erlöschen sämtliche an dieser Börse auszuführenden Kundenaufträge für die betreffenden Geschäfte. Die Bank wird den Kunden hiervon unverzüglich benachrichtigen.

Abschnitt 2 - Außerbörsliche Geschäfte

7. Eigenhändlergeschäft

7.1 Ausführung der Geschäfte

Bei außerbörslichen Geschäften in Devisen und Edelmetallen schließt die Bank das Geschäft mit dem Kunden als Eigenhändlerin im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ab.

7.2 Preis des Geschäfts

Die Bank kann die Höhe des Preises nach billigem Ermessen bestimmen (§ 315 BGB), soweit nicht ein fester Preis vereinbart ist.

Abschnitt 3 - Bestimmungen für börsliche und außerbörsliche Geschäfte

8. Nichtausführung mangels Deckung

Die Bank ist berechtigt, von der Ausführung des Auftrags abzusehen, soweit das Guthaben des Kunden oder ein für Termingeschäfte nutzbarer Kredit zur Ausführung nicht ausreicht. Führt die Bank den Auftrag ganz oder teilweise nicht aus, so wird sie den Kunden unverzüglich unterrichten.

9. Sicherheiten

9.1 AGB-Pfandrecht

Die dem Pfandrecht der Bank nach Ziff. 14 ihrer Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Pfandrecht) unterliegenden Wertpapiere, Sachen und Ansprüche des Kunden gegen die Bank sichern uneingeschränkt auch alle bestehenden und künftigen – auch bedingten oder befristeten – Ansprüche der Bank gegen den Kunden aus den Geschäften. Sind Sicherheiten gesondert vereinbart worden, werden die Ansprüche der Bank auch hierdurch gesichert, soweit die Sicherungszweckerklärung auch die Geschäfte erfasst (sonstige Sicherheiten).

9.2 Unterhaltung ausreichender Vermögenswerte als Sicherheit

Die Bank kann verlangen, dass der Kunde bei ihr Vermögenswerte unterhält, die ihr im Rahmen des AGB-Pfandrechts und sonstiger Sicherheiten zugleich als Sicherheit für alle Ansprüche aus den Geschäften dienen. Sicherheiten müssen jeweils in der Höhe bestellt werden, die die Bank nach ihrer Einschätzung der Zins-, Kurs- und Preisänderungsrisiken (Verlustrisiken) aus den Geschäften mit dem Kunden für erforderlich hält. Ändert sich die Risikoeinschätzung oder der Wert der vorhandenen Vermögenswerte, so kann die Bank jederzeit innerhalb angemessener Frist, die im Hinblick auf die Besonderheiten der Geschäfte sehr kurz, gegebenenfalls auch nach Stunden, bemessen sein kann, verlangen, dass der Kunde weitere Vermögenswerte als Sicherheit stellt bzw. für bislang unbesicherte Risiken erstmals Sicherheiten stellt.

9.3 Separierung oder gesonderte Buchung der Vermögenswerte

Die Bank darf jederzeit Vermögenswerte des Kunden im Hinblick auf die Verlustrisiken aus den Geschäften getrennt buchen oder anderweitig separieren. Das AGB-Pfandrecht der Bank an diesen und den sonstigen Vermögenswerten des Kunden wird hierdurch nicht berührt. Sämtliche Vermögenswerte haften daher unverändert sowohl für Ansprüche aus den Geschäften als auch für sonstige Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung. Über die getrennt gebuchten oder anderweitig separierten Vermögenswerte kann der Kunde nur mit Zustimmung der Bank verfügen.

9.4 Sicherheiten bei Geschäften an der Eurex Deutschland

Bei allen Aufträgen zum Abschluss von Geschäften an der Eurex Deutschland sind Sicherheiten mindestens in der Höhe zu stellen, die sich nach der Berechnungsmethode der Eurex Deutschland ergibt.

9.5 Zwischenzeitliche Gutschriften oder Belastungen bei laufenden Geschäften

Werden vorläufige Gewinne aus der täglichen Bewertung von Geschäften vor deren endgültiger Abwicklung oder Glattstellung von der Bank gutgeschrieben – gegebenenfalls auf einem gesonderten Konto –, kann über sie nur mit Zustimmung der Bank verfügt werden. Ergeben sich aus einer solchen Bewertung Verluste, so wird die Bank den Kunden entsprechend belasten. Die Bank wird den Kunden in regelmäßigen Abständen über die Buchungen unterrichten. Die Bank ist berechtigt, zum Ausgleich derartiger Belastungsbuchungen das Kontokorrentkonto des Kunden zu belasten, auch wenn hierdurch Kredit in Anspruch genommen wird.

10. Folgen bei Ausbleiben von Sicherheiten; Insolvenz; Ausgleichsansprüche

10.1 Vorzeitige Beendigung und Glattstellung

Verlangt die Bank zusätzliche Sicherheiten und werden diese innerhalb der von ihr gesetzten Frist nicht gestellt oder wird die Stellung zusätzlicher Sicherheiten abgelehnt, so kann die Bank – sofern sie dies angedroht hat – die den offenen Positionen zugrunde liegenden Geschäfte und Auftragsverhältnisse ohne Fristsetzung ganz oder teilweise beenden bzw. die aus solchen Geschäften resultierenden offenen Positionen ganz oder teilweise durch ein Gegengeschäft glattstellen. Das Gleiche gilt, wenn der Kunde seiner Verpflichtung zum Ausgleich von vorläufigen Verlusten, die sich aus der täglichen Bewertung der Geschäfte ergeben, nicht nachkommt.

10.2 Vorzeitige Beendigung im Insolvenzfall

Im Insolvenzfall enden alle Geschäfte der Bank mit dem Kunden und die Auftragsverhältnisse, die den für den Kunden abgeschlossenen Geschäften zugrunde liegen, ohne Kündigung. Der Insolvenzfall ist gegeben, wenn das Konkurs- oder ein sonstiges Insolvenzverfahren über das Vermögen einer Partei beantragt wird und diese Partei entweder den Antrag selbst gestellt hat oder zahlungsunfähig oder sonst in einer Lage ist, die die Eröffnung eines solchen Verfahrens rechtfertigt.

10.3 Ausgleichsansprüche

Wenn die Bank nach Abs. 1 Geschäfte glattgestellt oder beendet hat oder Geschäfte wegen Insolvenz nach Abs. 2 beendet wurden, können statt Erfüllung nur Forderungen wegen Nichterfüllung geltend gemacht werden. Diese Forderungen richten sich auf den Unterschied zwischen den vereinbarten Preisen und den Markt- oder Börsenpreisen, die am Tag der Beendigung oder Glattstellung für ein Geschäft mit der vereinbarten Erfüllungszeit maßgeblich sind und sind stets auf Euro gerichtet.

11. Ausübung von Optionen durch den Kunden

11.1 Spätester Ausübungszeitpunkt

Die Erklärung des Kunden, eine Option auszuüben, muss der Bank spätestens bis zu dem Zeitpunkt zugehen, den sie dem Kunden bekannt gegeben hat. Erklärungen des Kunden, die der Bank nach diesem Zeitpunkt zugehen, werden für den nächsten Bankarbeitstag berücksichtigt, sofern die Option dann noch ausgeübt werden kann.

11.2 Vorverlegung des Zeitpunktes bei Umtausch- und Abfindungsangeboten

Findet bei Umtausch-, Abfindungs- oder Kaufangeboten oder bei der Aufforderung zur Abgabe derartiger Angebote usancengemäß eine Verkürzung der Laufzeit der Option statt, so muss die Ausübungserklärung des Kunden der Bank bis zu dem in der Mitteilung über die Verkürzung der Laufzeit angegebenen vorverlegten Zeitpunkt zugegangen sein.

11.3 Keine gesonderten Hinweispflichten

Darüber hinaus ist die Bank nicht verpflichtet, den Kunden auf den bevorstehenden Ablauf der Option und seine Erklärungsfrist aufmerksam zu machen.

12. Ausübung von Optionsrechten durch die Bank gegenüber dem Kunden

12.1 Bevollmächtigung der Bank

Durch der Verkauf einer Option (Eingehen einer Stillhalterposition) erteilt der Kunde der Bank unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181

BGB unwiderruflich Vollmacht, die Erklärung der Bank über die Ausübung der Option für ihn entgegenzunehmen. Die Bank unterrichtet den Kunden unverzüglich über die Ausübung.

12.2 Belastung des Kundendepots; Beschaffung der Basiswerte, Kosten, Schadensersatz

Bei Ausübung einer Kaufoption gegenüber dem Kunden ist die Bank berechtigt, den im Depot oder auf dem Konto des Kunden nicht verfügbaren Teil der für die Belieferung benötigten Basiswerte (z.B. Wertpapiere, Devisen, Edelmetalle) zu seinen Lasten anzuschaffen. Sofern es der Bank nicht möglich ist, die Basiswerte im Rahmen eines Anschaffungsgeschäfts bis zu dem Termin zu beschaffen, an dem sie selbst aufgrund der Inanspruchnahme aus einer im Kundenauftrag eingegangenen Stillhalterposition zur Lieferung verpflichtet ist, kann die Bank sich die benötigten Basiswerte anderweitig, z.B. im Wege des Wertpapierdarlehens, besorgen, um die Dauer der Lieferschwierigkeiten zu überbrücken. Die Kosten hierfür sowie für einen weiter gehenden Verzugschaden trägt ebenfalls der Kunde.

12.3 Nicht rechtzeitige Ausübung der Option

Wenn der Kunde am Verfalltag einer Option die Bank nicht rechtzeitig über seine Absicht informiert, seine Option auszuüben, verfällt die Option. Wenn eine Option am Verfalltag im Geld ist, hat die Bank das Recht, diese auf eigene Rechnung im Namen des Kunden auszuüben, falls sie keine fristrechtlichen Instruktionen zur Ausübung dieser Option vom Kunden erhalten hat. Erst nach der Feststellung der Andienung oder Ausübung muss der Kunde unverzüglich durch die Bank benachrichtigt werden. Die Bank haftet nicht für Kosten, Gebühren oder sonstige Schäden, die durch Verzögerung oder verspätete Ausübung entstanden sind.

13. Auslosung bei Zuteilung von Optionsausübungen

Die Bank wird die auf sie nach einem Zufallsprinzip entfallenden Zuteilungen von Optionsausübungen durch eine interne neutrale Auslosung auf ihre Stillhalter-Kunden verteilen. Um eine faire Zuteilung zwischen den Clearing-Stellen und den Kunden zu gewährleisten, kann es bei der Feststellung von Zuteilungen zu Verspätungen kommen. Wenn durch diese erforderliche Verfahrensweise Verspätungen eintreten, haftet die Bank nicht für die durch diese Verzögerung entstandenen Kosten. Zuteilungen von Optionsausübungen, die aufgrund eines Zufallsverfahrens erfolgen, werden am nächsten Handelstag auf einer neutralen Pro-rata-Basis zugeordnet.

14. Abwicklung von belieferbaren Futures-Kontrakten

Der Kunde kann bei Futures-Kontrakten, die durch Lieferung zu erfüllen sind, die Lieferung oder die Abnahme der Basiswerte verlangen, sofern er die Kontrakte nicht durch ein Gegengeschäft glattgestellt hat. Die Weisung, dass die Bank die Lieferung herbeiführen soll, muss bei der Bank spätestens bis zu dem von der Bank dem Kunden bekannt gegebenen Zeitpunkt vorliegen. Sofern die Bank keine rechtzeitige Weisung erhält oder der Kunde die für die Lieferung erforderlichen Wertpapiere bzw. Mittel bis zu diesem Zeitpunkt nicht angeschafft hat, wird sie sich bemühen, den Futures-Kontrakt unverzüglich auf Rechnung des Kunden glattzustellen, um eine Abwicklung durch Lieferung zu vermeiden.

15. Abwicklung von Devisentermingeschäften

15.1 Mitwirkungspflicht des Kunden

Bei Devisentermingeschäften muss der Kunde der Bank bis zu einem ihm bekannt gegebenen Zeitpunkt (in der Regel bis zum zweiten Bankarbeitstag vor Fälligkeit) mitteilen, dass die von ihm anzuschaffende Währung (Euro oder Fremdwährung) am Fälligkeitstag wie vereinbart zur Verfügung stehen wird. Die Mitteilung ist entbehrlich, wenn der Kunde zu dem nach S. 1 maßgeblichen Zeitpunkt auf einem seiner Konten bei der Bank über ein entsprechendes Guthaben verfügt.

15.2 Unterbleiben der Mitteilung

Unterbleibt die fristgerechte Mitteilung und ist der geschuldete Euro- oder Fremdwährungsbetrag zu dem nach Abs. 1 S. 1 maßgeblichen Zeitpunkt nicht auf einem Konto des Kunden bei der Bank verfügbar, ist die Bank berechtigt, die vom Kunden zu liefernde Währung zu dessen Lasten an einem Devisen- oder Freiverkehrsmarkt zum Fälligkeitstag interesseswährend anzuschaffen bzw. die dem Kunden zu liefernde Währung an einem Devisen- oder Freiverkehrsmarkt zum Fälligkeitstag interesseswährend zu verkaufen.